

Artikel vom 01.07.2019

AKE-Landesverband

Investitionen für Bau von LNG-Terminals - kein Frackinggas für Deutschland!

Statement des Arbeitskreises Energiewende der CSU:

Mit dem Ziel, den Aufbau der Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas (Liquefied Natural Gas – LNG) auch in Deutschland zu ermöglichen, hat die Bundesregierung eine Verordnung beschlossen, die im nun im Juni 2019 auch die Zustimmung des Bundesrates erhielt.

Deutschland muss ca. 94 Prozent des Gesamtbedarfs an Erdgas über Pipelines aus verschiedenen Ländern importieren. Um zukünftig unsere Gasversorgung weiter zu diversifizieren und dadurch auch die Versorgungssicherheit zu erhöhen, macht die neue Verordnung den Weg frei für Transporte per Schiff direkt nach Deutschland. Bisherige Barriere für die Errichtung der Terminals war die Unwirtschaftlichkeit aufgrund der zu hohen Kosten des Anschlusses an das Fernleitungsnetz sowie der im Betrieb anfallenden Kosten der Leitungen. Die neue Verordnung sieht vor, diese Kosten vom Fernleitungsnetzbetreiber tragen zu lassen und ermöglicht damit eine Umlegung auf die Netzentgelte. Die somit für die Bürgerinnen und Bürger angesetzte Erhöhung der Erdgaspreise beläuft sich geschätzt auf weniger als 0,01 Cent pro Kilowattstunde.

Erdgas leistet in Deutschland einen erheblichen Beitrag zur Energieversorgung und ist unter den fossilen Energieträgern am klimafreundlichsten. Trotzdem wird mit dem Aufbau einer LNG-Infrastruktur gleichzeitig auch eine Perspektive für die Zukunft mitgedacht. Gelingt es uns in Zukunft fossiles Erdgas durch Flüssiggase aus regenerativen Quellen (Power-to-X) zu ersetzen, können wir im Wärmebereich und auch im Mobilitätssektor erhebliche THG-Einsparungen erzielen und gewinnen durch die neuen Speicherkapazitäten ein hohes Maß an Versorgungssicherheit hinzu. Die LNG-Terminals können zudem bereits mittelfristig einen Antriebswechsel in der Schifffahrt, aber auch bei schweren Nutzfahrzeugen auf der Straße ermöglichen.

Was wir skeptisch betrachten ist, dass mit dem Aufbau von LNG-Terminals nun auch die Möglichkeit besteht, Gas aus nicht-konventionellen Lagerstätten (Fracking) nach Deutschland zu importieren. Die Bundesregierung hat das Fracking in Deutschland aufgrund der nicht abschätzbaren Umweltrisiken ausdrücklich verboten, wir erwarten damit verbunden auch analog ein klares Verbot für den Import von Frackinggas (notfalls nachzuprüfen über einen Herkunftsnachweis).